

# Ein Leben in der Gewerkschaftsbewegung

Ewald Wehner 16.3.1932 – 13.11.2007

von Richard Detje

(15.11.2007)

Am Abend des 13. November starb nach langer und schwerer Krankheit im Alter von 75 Jahren unser Freund, Kollege und politischer Mitstreiter Ewald Wehner. Gebürtiger Frankfurter, gewerkschaftliches Urgestein, Sozialist.



**Ewald Wehner** kannte die beiden Traditionen der durch Facharbeit und im öffentlichen Dienst stark gewordenen Gewerkschaftsbewegung. Seine Ausbildung absolvierte er 1947 als Schriftsetzer, arbeitete zunächst in verschiedenen Frankfurter Druckereien, ab 1953 dann als Drucker im Postscheckamt Frankfurt. Er wurde Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft und aktiv als Vertrauensmann und Vertreter im Personalrat, bis er schließlich 1958 Vorsitzender der Personalvertretung wurde. Allerdings nur kurze Zeit, denn 1959 absolvierte er ein zweijähriges Studium an der Sozialakademie in Dortmund, das er als Sozialarbeiter abschloss. Der Sozialakademie blieb er auch später verbunden: von 1978-91 als Lehrbeauftragter, 1984 als Vertreter der Lehrbeauftragten.

**Mit 28 Jahren** begann Ewald Wehners hauptamtliche Laufbahn, zunächst als Sekretär in der Frankfurter Ortsverwaltung, vier Jahre später, 1964, als Bezirkssekretär der DPG. Ab 1972 stand sein Schreibtisch in der DPG-Hauptverwaltung.

**Die Humanisierung der Arbeitswelt** und "mehr Demokratie wagen" standen damals auf der Agenda – und Ewald war als Personalrätesekretär inmitten des Geschehens: beim Abschluss von Tarifverträgen zum Rationalisierungsschutz, bei der Abfassung von Richtlinien für Sozialpläne und bei der Umsetzung des frisch novellierten Personalvertretungsgesetzes.

Maßgeblich dabei war der berühmte "rote Wehner", der von Ewald u.a. verfasste Kommentar zum Bundespersonalvertretungsgesetz.

**Die Demokratisierung** der Arbeitswelt blieb zeitlebens eines seiner vielfältigen Aufgabenfelder. In der Auseinandersetzung um die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahr 2000 schrieb er: "Die betrieblichen Realitäten mit all ihren Erscheinungsformen steigender Ausbeutung bieten reichlich Ansätze, um die in scheinheiliger Harmonie verkleisterten Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit in der öffentlichen Auseinandersetzung um neue Formen der betrieblichen Mitbestimmung aufzudecken und in diesem Sinne Druck auf die Bundesregierung zu machen. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, diese gesellschaftlichen Gegensätze sichtbarer zu machen und so die Notwendigkeit der Demokratisierung der Wirtschaft und der Ausweitung der Mitbestimmung gut begründet politisch zu vermitteln." [1]

**1978 wurde Ewald Wehner** Leiter der Hauptabteilung Beamten- und Betriebspolitik – zuständig für Technologiepolitik, Post- und Fernmeldewesen, die Rechtsabteilungen, die Betreuung der Beamten und die gewerkschaftliche Frauenarbeit. Mit dem Siegeszug des Neoliberalismus zunächst in Großbritannien und den USA, nach 1982 auch in der Bundesrepublik begann der Druck zur Privatisierung öffentlichen Eigentums – und einer der Schlüsselbereich war die Telekommunikation. Ewald stand – ab 1989 als Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands der DPG, zuständig für die Beamten- und Tarifpolitik, damit auch die tarifliche Angleichung in den neuen Bundesländern – in der ersten Reihe der Verteidiger der "Bürgerpost".

**"Die Privatisierung der DBP** wurde in zwei Etappen vollzogen ... Die Postreform I hatte nach Angaben der damaligen Regierungsparteien CDU/CSU/FDP nicht die Privatisierung, sondern die Deregulierung – oder, wie die DPG das nannte, die Zerschlagung – zum Ziel ... Die Initiative für die ‚Postreform II‘ wurde im Juli 1991 vom damaligen Bundesminister für Post- und Telekommunikation ergriffen, freilich erst, nachdem zuvor der post- und telekommunikationspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Verhandlungsbereitschaft des - für den öffentlichen Status der DBP grundlegenden - Verfassungsartikels 87 Abs. 1 signalisiert hatte. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil die für die Privatisierung notwendige Verfassungsänderung ohne die Stimmen der oppositionellen SPD nicht möglich gewesen wäre." [2]

**Der umfassende gewerkschaftliche Widerstand** – von der Lobbyarbeit über öffentliche Kampagnen bis hin zum Arbeitskampf – konnte den Börsengang letztlich nicht verhindern. Eine Schlussfolgerung aus diesen Kämpfen hat er bis in seine letzten Diskussionsbeiträge und Artikel eindringlich vertreten: dass das deutsche, auf tarifliche Regelungsbereiche begrenzte Arbeitskampfrecht erweitert werden muss zu einem Streikrecht, das alle Bereiche erfasst, die Interessen der abhängig Beschäftigten betreffen – also auch ein Streikrecht in politischen Angelegenheiten. Er war sich sicher: damit hätte der Privatisierungszug gestoppt werden können.

**"Es war Ewald**, der maßgeblich mitgewirkt hat, aus dem einstigen Berufsverband DPG eine Gewerkschaft mit umfassender Programmatik zu machen, und zwar aus einer linken Position aus" – so der ebenfalls bereits verstorbene letzte DPG-Vorsitzende Kurt van Haaren. Solch einer, dem seine Funktion mit Leidenschaft ausgeübte Berufung und Verpflichtung war, hört mit dem so genannten Ruhestand nicht auf, zu überzeugen, aufzurütteln, zu mobilisieren, für seine Ideen zu streiten.

**Wen er anrief**, der wusste schon am Tonfall, mit dem er seinen Namen aussprach: Da steht eine neue Aufgabe an – da ist was zu tun. Ewald engagierte sich im "Forum Gewerkschaften" der Zeitschrift "Sozialismus", für das er bei der Gründung des Netzwerk Gewerkschaftslinker – neben Heinz-Günter Lang – einer der Organisatoren und Sprecher wurde, und in der wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftskritik, "WISSENTTransfer".

**In seinem letzter Artikel**, der im "Forum Gewerkschaften" in der September-Ausgabe von "Sozialismus" 2007 erschien, setzte er sich noch einmal kritisch, aber ermutigend mit der Notwendigkeit einer intensiven Programmdebatte in ver.di auseinander. Das sollte als Auftrag verstanden werden. Sein letzter Lektürewunsch war das – wegen verspäteter Nachauflage gegenwärtig vergriffene – "Zeitalter der Extreme" von Eric Hobsbawm. Dort heißt es zum Schluss: "Wenn die Menschheit eine erkennbare Zukunft haben soll, dann kann sie nicht darin bestehen, dass wir die Vergangenheit oder Gegenwart lediglich fortschreiben. Wenn wir versuchen, das dritte Jahrtausend auf dieser Grundlage aufzubauen, werden wir scheitern. Und der Preis für dieses Scheitern, die Alternative zu einer umgewandelten Gesellschaft, ist Finsternis."

**In Ewalds Vermächtnis** streiten wir für das Licht in einer Gesellschaft, in der der Mensch dem Menschen zum Bedürfnis wird.

[1] Ewald Bartl/Heinz-Günter Lang/Ewald Wehner u.a.: Mitbestimmung als Gegenmacht. Zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, Hamburg 2000, S. 14.

[2] Ewald Wehner (Hrsg.): Von der Bundespost zu den Global-Players Post AG + Telekom AG. Profiteure und Verlierer der Privatisierung, isw-Report Nr. 64, München 2005, S. 5f.